

Laibacher Zeitung.



Nr. 13.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 18. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1870.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Jänner d. J. auf Grund eines allerunterthänigsten Vortrages des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, die Gesandtschaftsattachés Gêza v. Vernath und Béla v. Péchy zu Honorar-Legationssekretären allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat den Ingenieur zu Zglau Gustav Petraczel v. Wokaunstein und den Ingenieur im Ministerium des Innern Johann Borokowicz zu Oberingenieuren, dann den Bauadjuncten zu Brünn Anton Schmiemator zum Ingenieur für den Staatsbaudienst in Mähren ernannt.

Der Minister des Innern hat den Bauadjuncten Adolf Groß zum Ingenieur für den Staatsbaudienst in Galizien ernannt.

Der Justizminister hat die Bezirksrichter Ludwig Major in Uhnów und Roman Lewicki in Przemyslan über ihr Ansuchen in gleicher Eigenschaft, den Ersteren zum Bezirksgerichte in Skole und den Letzteren zum Bezirksgerichte in Winniki übersetzt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat dem im zeitlichen Ruhestande befindlichen Professor Ignaz Havranek eine Lehrstelle an der k. k. Oberrealschule in Brünn verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Uebersicht.

Laibach, 17. Jänner.

Dem Vernehmen nach hat — wie der „Boh.“ aus Wien geschrieben wird — das preussische Cabinet bereits die Absicht zu erkennen gegeben, zur Regelung der nordschleswig'schen Frage im Sinne der Festsetzungen des Prager Friedens jetzt die Initiative zu ergreifen, und dabei die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, es werde das in Aussicht genommene Arrangement sowohl den Intentionen des gedachten Vertrages, als den thatsächlich gegebenen Verhältnissen vollständig Genüge leisten und in der nur durch unabweißliche und von den Mächten selbst in fortgesetzter Enthaltung gewürdigte Rücksichten verzögerten Erfüllung einer nie geleugneten Verpflichtung der Friede Europa's mit einer weiteren werthvollen Bürgschaft umgeben sein.

Die Details, welche die Blätter über die Vorgänge in Paris am Begräbnistage Noirs bringen, sind nicht uninteressant und es stellt sich immer mehr heraus, daß es nur den schnell und energisch getroffenen Vorkehrungen der bewaffneten Macht und vielleicht noch mehr der Besonnenheit und Kaltblütigkeit der Führer des Volkes zuzuschreiben ist, wenn wir nicht eine Emeute zu verzeichnen haben. Kurz vor 3 Uhr waren die Minister benachrichtigt worden, daß die Demonstration eine schlimme Wendung nehmen könne, und sofort verließ der General Leboeuf die Sitzung, um seine Befehle zu ertheilen. Eine halbe Stunde später besetzten drei Infanterie-Bataillone das Palais Bourbon, ein Regiment Voltigeure der Garde den Tuileriengarten, dessen Gitterthore geschlossen wurden, und eine reitende Batterie die Esplanade der Invaliden, während ein Regiment reitender Jäger am Eingange in die elysäischen Felder Stellung nahm.

Die von Neuilly, wo mehrere Redner am Grabe Noirs gesprochen hatten, in der Stärke von 100.000 heranziehende Volkmenge wich zwar vor dem Trommelwirbel und der Aufforderung der an der Spitze der Truppen stehenden Polizeicommissäre überall zurück, allein es bildeten sich später wieder Gruppen vor dem Stadthause, es wurde die Marfeillaise gesungen. Auch in den Vorstädten, namentlich im berühmten Belleville fanden Zusammenrottungen statt. Man ließ die Republik und Rochefort leben, rief: Nieder mit den Mördern, mit dem Kaiserreich u. s. w. doch es kam zu keinen Thätlichkeiten. Rochefort, ermüdet und abgebeht, kam gegen sechs Uhr in die Kammer, wo er sofort zu einer persönlichen Bemerkung das Wort verlangte; als er es jedoch nicht auf der Stelle erhielt, wiederholte er sein Verlangen nicht, und die Sitzung verlief in vollkommenster Ruhe. Nach den letzten Nachrichten ist nicht zu zweifeln, daß die Kammer die Genehmigung zur Verfolgung Rocheforts geben wird. Es handelt sich um einen von ihm geschriebenen Zeitungsartikel.

In der Senatsitzung vom 15. d. hatte das Cabinet zuerst Gelegenheit, sein Programm zu entwickeln, und zwar hat es dies mit Glück gethan.

Maupas interpellirte über die innere Politik, und sagte: Das gegenwärtige Cabinet tritt unter derartig klaren Verhältnissen auf, daß wir alle hier es unterstützen sollen. Redner verlangte bloß eine bestimmte Erklärung von der Regierung, wie weit dieselbe zu gehen beabsichtige; er verlangte ihr Programm. Ollivier erwiderte, die alleinige Thatsache, daß das Cabinet am Ruder sei, sei mehr werth, als alle Erklärungen. Das Cabinet habe bereits eine Vergangenheit, worauf es sich berufe. Wir haben, sagte Ollivier, die Regierungsgewalt nicht verlangt; man hat uns angefragt, unsere Ideen zur Anwendung zu bringen. Wir

haben angenommen. Die radicale Partei will Revolutionen. Die Regierung nimmt den Kampf an. Wir werden der Widerstand sein, niemals die Reaction. Das Ministerium wird loyal die beiden Programme ausführen, die seine Mitglieder unterzeichnet haben. Der Unterschied zwischen beiden Programmen ist unbedeutend. Das Programm des linken Centrums ist nur eine genauere Bestimmung des Programms des rechten Centrums. Die Regierung ist entschlossen, nichts zu thun ohne Uebereinstimmung mit dem Senate, was die constituirende Gewalt betrifft. Das Ministerium verlangt die Unterstützung des Senats. (Rufe: Sie werden sie haben.) Der Senat wird nicht ein den Fortschritt beirrendes Hinderniß, wohl aber ein momentanes Hinderniß sein, welches verhütet, zu rasch vorwärts zu schreiten, und das den Fortschritt sichert. (Lebhafte Beifall.) Angesichts dieser Erklärungen des Ministeriums verzichteten Segur d'Aguesseau auf das Wort.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß das Slavocomité in Kiew beschloffen habe, eine Geldsammlung für die aufständischen Slaven in Dalmatien zu veranstalten, „welche — wie die Motivierung des Beschlusses sagt — durch die Grausamkeit der katholischen Truppen viel leiden.“

Die Adreßdebatte im Herrenhause.

Erster Tag (14. Jänner).

Das Haus bot das Bild einer überaus zahlreichen und lebhaft erregten Versammlung. Die Galerien waren schon lange vor 11 Uhr von einer dicht gedrängten, der besten Gesellschaft angehörigen Zuhörerschaft, unter welcher sich viele Damen befanden, gefüllt. Das Haus war sehr zahlreich versammelt, aber auch viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses hatten sich im Saale eingefunden, und während der ganzen, mehr als vierstündigen Dauer der Sitzung verließ Niemand den Saal. Den Vorsitz führte Fürst Karl Auersperg, der beide Vicepräsidenten neben sich hatte; auf der Ministerbank hatten sich die Minister Taaffe, Plener, Giskra, Hasner, Potocki eingefunden.

Um 7/8 auf 12 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Nach Mittheilung der Einläufe verlas Graf Auersperg als Berichterstatter die Adreßdebatte, welche wir bereits in Nr. 8 und 9 d. Bl. mitgetheilt haben. Zur Adreßdebatte liegen eine Reihe von Minoritätsanträgen vor. Wir geben nun die Debatte nach der Darstellung der „Morgenpost.“ Als Hauptredner der Minorität ergreift zuerst das Wort Fürst Pobjowik.

Rede des Fürsten Pobjowik.

Redner erklärt, daß die Minorität in dem ganzen Entwurfe den Ton der Veröhnlichkeit und des Entgegen-

Seniellen.

Die Frauen und die Familie in Japan.

(Fortsetzung.)

Die Heiraten in den bürgerlichen Classen sind gewöhnlich das Resultat schon lange vorher getroffener Familienarrangements, die einzig unter dem Einflusse des praktischen Verstandes, der einer der hervortretenden Züge des Nationalcharakters ist, zu Stande kommen. Die Braut bringt keine Mitgift mit, man gibt ihr aber eine Aussteuer, mit der so manche Dame höhern Ranges sich begnügen könnte. Die Eigenschaften, welche sie vor allen anderen besitzen soll, sind ein sanfter und geduldiger Charakter, ein ihrem Geschlecht angemessener Unterricht und alle Fähigkeiten einer guten Hausfrau. Erwägungen pecuniären Vortheils kommen erst in zweiter Linie und sie geben eher Veranlassung zu Geschäftscombinationen, als zu einem Geldhandel.

So geschieht es, daß, wenn ein guter Bürger, der keinen Sohn besitzt, seine einzige oder seine älteste Tochter verheiratet, der künftige Gatte den Titel eines Adoptivsohnes seines Schwiegervaters erhält, den Namen desselben annimmt und ihm in der Ausübung seiner Industrie oder in der Führung seines Handels nachfolgt. Den japanesischen Heiraten geht eine Ceremonie voraus, welche die Hauptglieder der beiden Familien versammelt und wobei es nicht selten ist, daß die künftigen Gatten zum ersten male das Uebereinkommen erfahren, welches ihre Eltern hinsichtlich ihrer getroffen haben.

Von diesem Augenblicke angefangen, gibt man ihnen Gelegenheit, sich zu sehen und die Weisheit der Wahl, welche man ihnen die Mühe erspart, selbst für sich zu treffen, anzuerkennen. Besuche, Einladungen, Feste und Geschenke folgen mit so viel Reiz aufeinander, daß die beiden jungen Gatten sich nicht genug Glück wünschen können zu der Zukunft, die ihnen verheißen ist. Die Braut zögert nun nicht, die Insignien des eingegangenen Versprechens anzunehmen, was gewissermaßen mit dem Opfer der Schönheit gleichbedeutend ist, denn der sociale Gebrauch erfordert es, daß jede Frau, die sich in die Gewalt eines Gatten begibt, sich die Augenbrauen ausreißt und die Zähne schwarz färbt.

Die Hochzeit findet gewöhnlich statt, wenn der Bräutigam sein zwanzigstes Jahr erreicht und seine Gefährtin das fünfzehnte zurückgelegt hat. Am frühen Morgen schafft man die Aussteuer des jungen Mädchens in die Wohnung des künftigen Gatten und vertheilt sie mit Geschmack in den zur Feier des Festes bestimmten Gemächern. Auch hier sind die Bilder der Götter des Glückes vor einem mit Blumen geschmückten und mit Opfern bedeckten Hausaltar aufgehängt. Pflanzen von Salonaquariums bilden symbolische Gruppen, Fische von Lack tragen Zwerge und Statuetten stellen das erste Paar dar, begleitet von den Attributen der langen Lebensdauer, dem Kranich, und der hundertjährigen Schildkröte.

Gegen Mittag erscheint das Paar mit glänzender Begleitung im Hochzeitssaale. Die junge Frau, in Weiß, die Farbe der Trauer, gekleidet und verschleiert, nähert sich von zwei Hochzeitsfreundinnen geleitet und gefolgt von einer Menge von Angehörigen, Nachbarn und Freun-

den, in Ceremonienkostüm, blendend von Brocat, Scharlach, Gaze und Stickereien; die zwei Hochzeitsfreundinnen machen die Honneurs, weisen die Plätze an, treffen die Vorbereitungen zur Mahlzeit und flattern von einer Gruppe zur anderen, wie es die ihnen auferlegte Rolle erfordert; denn man nennt sie die zwei Schmetterlinge, und sie sollen dieses reizende Paar personificiren, das nach dem Volksglauben in Japan das Emblem der ehelichen Treue ist: Wöget ihr auch so, scheinen sie zu den Verlobten zu sagen, die Blumen des Lebens genießen und im lustigen Fluge über diese irdische Bahn hingleiten und sie stets heiter bis zum Ende eurer glücklichen Existenz durchheilen!

Mit Ausnahme gewisser Bhuddistischer Secten, die in ihrem Ritus eine eheliche Einsegnung aufgenommen haben, sieht man nirgends in Japan den Priester bei der Feier der Hochzeit interveniren.

Ebenso wenig kennt man die Formalitäten, mit welchen unser Gesetzbuch die Vollziehung des Civilactes umgibt.

Diese Lücke stellt augenscheinlich ein Privilegium zu Gunsten des starken Geschlechtes fest; es raubt der Frau jedes legale Mittel, Opposition zu bilden; es bezeichnet mit einem Worte die moralische Inferiorität einer Civilisation die, indem sie der Frau dem Anschein nach eine sehr achtbare Stellung anweist, ihr doch ein Recht verweigert, das sie im Princip dem Manne gleichstellen würde. Das Christenthum allein hat diese höchste Stufe der Emanzipation der Frau überschritten und ein Abgrund trennt diese Stufe von der äußersten Grenze, welche auch die vorgeschrittenste heidnische Civilisation erreicht hat. Diesen Vorbehalt bei Seite gelassen, ist es

kommens vermissen. Auch die Minorität stehe auf legalem Boden, allein sie ist gleichzeitig überzeugt, daß die Erfüllung der Wünsche der heutigen Opposition nicht nur möglich, sondern auch notwendig sei, und nur die Gelegenheit habe bisher gefehlt, die Autonomie vollkommen herzustellen. Nach der Ansicht der Minorität müsse den Eigenthümlichkeiten und Gewohnheiten der einzelnen Länder der größte Spielraum gewährt werden, so weit die einheitliche Kraft des Gesamtreiches nicht gefährdet erscheine und die einem einzelnen Lande verliehenen Rechte nicht Privilegien gleichkommen. Eine Lockerung der Staatsgewalt werde nicht angestrebt. Man könnte einwenden, daß auch die Reichsgesetzgebung den einzelnen Ländern Genugthuung geben könne, und daß die Ausdehnung der Länderautonomie zu diesem Zwecke nicht nöthig erscheine. Allein dieser Trost müsse sehr gering erscheinen, wenn man so manches Reichsgesetz beobachtet, welches nur Grundzüge aufstellen will, aber viel weitergehe. Der Sinn für Gleichberechtigung der Nationalitäten scheine ganz abhanden gekommen; durch fortwährende Verleumdungen wird Oel ins Feuer gegossen, und doch habe der Kern des Volkes die ganze Fekerei vollkommen satt. Nur die extravagantesten Meinungen kommen an die Oberfläche, mit denen sich allerdings nicht pactiren lasse. Allein, wie die Geschichte lehrt, haben solche Krisen, wie die gegenwärtige in Oesterreich, stets mit Compromissen geschlossen, und ein solches Compromiß erwarte die Minorität auch diesmal, zumal es nicht glaublich erscheine, daß die einzelnen Länder nicht in vielen Beziehungen maßgebend sein werden. Dazu ist aber auch ein Entgegenkommen von der anderen Seite, keine starre Negation, notwendig.

Der echt österreichische Grundsatz, daß Oesterreich der Schutz und Hort aller Nationalitäten ist, solle den Staatsgedanken bilden. (Bravo! rechts.) Das in der ganzen civilisirten Welt hochgeachtete deutsche Element sei durch die Bestrebungen der Nationalitäten nicht gefährdet. Die Supposition einer Gefahr hieße dem deutschen Element ein Armuthszeugniß ausstellen. Der Ausgleich sei eine politische Nothwendigkeit für beide Parteien, er müsse daher zu Stande kommen. Dies wolle Redner nachweisen.

Den Fall vorausgesetzt, daß die Adresse der Majorität angenommen würde, so liegt es heute schon zu Tage, daß die Erbitterung und Mißstimmung in manchen Ländern wachsen werde. Dann aber werde so manche noch heute gut besetzte Bank im Abgeordnetenhaus sich leeren, und was dann kommen solle, ob ein solcher Zustand, einzig in seiner Art, noch haltbar sei, müsse man sich ernstlich fragen. Die Versöhnlichkeit müsse vollkommen eintreten.

Redner erklärt, daß es der Minorität zur besonderen Befriedigung und Ueberzeugung gereiche, ihre Anschauung in der Thronrede wiederspiegelt zu sehen. Wir stehen, sagt Redner, an einem Wendepunkte, wir müssen wählen zwischen zwei Principien; das eine Princip will starres Festhalten, das zweite alle mit der Reichseinheit vereinbarlichen Concessionen gewähren. Die Wege beider Parteien sind verschieden, das Ziel identisch, nämlich die Verfassung zum Wohle der Völker, zum Gemeinwohlle auszubilden. Die Differenz bestehe nur in den Mitteln und dem Wege.

Redner wirft zum Schlusse die Frage auf, ob man die große Verantwortung auf sich laden wolle, jetzt schon den Faden der Verwicklung zu zerreißen, ohne auch Versuche zu einer Annäherung gemacht zu haben. (Bravo! rechts.)

billig anzuerkennen, daß es etwas ehrwürdiges hat, daß zwei junge Gatten sich für das Leben verbunden ansehen durch die einzige Thatsache der Oeffentlichkeit ihres Gelübnisses und der ihrer Vermählung gegebenen Feierlichkeit.

Eine rührende Symbolik geht aus der entscheidenden Ceremonie hervor, welche für sie unser bindendes Ja! ersetzt. Unter den im Kreise der Gäste ausgestellten Gegenständen bemerkt man ein Gefäß von Metall, in der Form einer Schöpfkelle mit doppeltem Halbe. Dieses Gefäß ist mit Schleifen von farbigem Papier verziert. In einem bestimmten Augenblicke faßt eine der Ehrendamen es am Handgriff, erhebt es zur Höhe des Mundes der beiden Liebenden Verlobten, gibt Sack hinein (ein Getränk aus Reis) und läßt Braut und Bräutigam nach einander jeden aus der an seinen Lippen befindlichen Oeffnung trinken, bis das Gefäß leer ist. So sollen Mann und Weib zusammen die Schale des ehelichen Lebens leeren, jeder wird von seiner Seite daraus trinken, aber beide genießen die nämliche Ambrosia oder die nämliche Galle. Beide werden gemeinsam Mähen und Kummer sowohl als die Freuden dieser neuen Existenz theilen.

Wenn die Gattin Mutter geworden ist, übt sie auf ihre Kinder eine Autorität aus, die über jene des Vaters die Oberhand hat. Sie übt den bestimmenden Einfluß auf die Erziehung aus. Der kindliche Gehorsam selbst der Knaben gegen ihre Mutter gibt sich in allen Verhältnissen des Lebens kund und erlischt erst mit dem Tode der verehrten Person, die dessen Gegenstand ist.

Aber nicht allein auf dem Gebiete der häuslichen Erziehung hat man die Frau eine königliche Würde er-

Dem Fürsten Lobkowitz entgegnete als Redner der Majorität

Professor Arueth.

Ich begrüße es mit Freude, daß der hochverehrte Vorredner nur den Weg der Verfassung kennt. Keine Otkrohirung, keine Sistrung! Ich begrüße diese Erklärung zugleich im Namen meiner Gefinnungsgenossen. Das Ziel ist ein schönes, ein erhabenes, freilich in der Wirklichkeit schwer erreichbar durch die Mittel, welche die Minorität vorschlägt. Die Wünsche der Nationen sind diametral. Wenn Sie die einen befriedigen, verlegen Sie die andern.

Sehen Sie nach Ungarn: die Magyaren sind zufrieden, die Siebenbürger Deutschen nicht. Und so wäre es, wenn z. B. die Polen ihre Forderungen erfüllt erhielten, daß die Ruthenen, die so treue Unterthanen, unzufrieden wären. Gerade so in Böhmen, die Tschechen wären befriedigt, die Deutschen nicht, und wer kann uns garantiren, daß sie dann nicht anders wohin blickten, wo sie Erfüllung ihrer Wünsche erhoffen?

Zwei Schriftstücke liegen vor: das eine ist die legal beschlossene Resolution des galizischen Landtages, das zweite eine illegal oder wenigstens unversaffungsmäßig erlassene Declaration der tschechischen Abgeordneten. Wird den in beiden enthaltenen Forderungen nachgegeben, welche Sonderstellungen würden da geschaffen!

Redner bespricht nun Einzelheiten der galizischen Resolution, klagt über das galizische Volksschulwesen, zieht Parallelen mit Lombardo-Venetien, das um ein Jahrhundert vor Galizien in Cultur und Civilisation steht, klagt ferner über das Ende der deutschen Gesetzgebung in Ungarn u. s. w.

Ich kann die Herren der Minorität um ihre Vertrauensseligkeit nur beneiden. Die Wortführer der Opposition werden durch Ihre Concessionen nur zu weiteren Forderungen getrieben. Rufen Sie nur den uns jetzt so angepriesenen Reichsrath ad hoc, der wie ein Ei dem andern dem Belcredi'schen Reichsrathe ähnlich ist, rufen Sie ihn ein, und Sie werden sehen, was diese Herren fordern werden.

Ich, der ich mir die Aufgabe gemacht, die Geschichte unseres Vaterlandes zu erforschen, erinnere Sie an den Schritt Maria Theresia's, welche die verschiedenen Hofkanzleien aufhob, und alles in eine und dieselbe Hand legte. Und uns wollen Sie auf einen Standpunkt stellen, den Maria Theresia mit Mühe überwältigte?

Redner zieht nun ein Buch seiner Factur und zitiert daraus Aussprüche der Maria Theresia zur Bekräftigung seiner Ansichten über die Nothwendigkeit der strengsten Centralisation der Monarchie, und schließt mit den Worten: Ich schäme mich glücklich, daß die Majorität der Vollstrecker des Willens des Kaisers ist. (Bravo!)

(In jenem Actenstücke macht es Maria Theresia allen ihren Nachfolgern zur Pflicht, an der Centralisation festzuhalten.)

Nachdem Arueth geendet, erhebt sich Fürst Czartoryski, um die Bemerkungen zu widerlegen, welche seine Vorgänger gegen Galizien vorgebracht, und die Erklärung abzugeben, daß die Minorität nichts anderes wolle, als die Zerschneidung des Fadens verhindern, der zur Anknüpfung von Verständigungsversuchen dienen soll, und daß sie sich in diesem Wunsche und Streben einig glaube mit der Thronrede, welche ja doch von der Regierung in ihrer Gesamtheit vertreten werden müsse. Die Minorität fühle sich daher eins mit der Krone und

reichen sehen, bei Völkern wo ihre Stellung fortwährend nur die einer demüthigen Magd des Mannes sein zu sollen schien. In Japan haben Frauen den Zepter der Mikados getragen. Die Kaiserin Jinguo befehligte in Person die Expedition nach Corea, unterwarf die drei Königreiche, in welche dieses Land getheilt war, und was nicht weniger verdienstlich ist, sie erzog ihren eigenen Sohn Hathiman in einer Weise, daß er der tapferste ihrer Soldaten und der geschickteste ihrer Generale wurde. Als sie das Alter von hundert Jahren erreicht hatte, übergab sie ihm die Kaiserkrone im Jahre 270 unserer Zeitrechnung; er war damals einundsiebzig Jahre alt. Er hatte unter dem Namen Wozzin eine ruhmvolle Regierung von dreiundvierzig Jahren und wurde nach seinem Tode, so wie auch seine heroische Mutter, zu dem Rang der schätzenden Genien des Reiches erhoben.

Jede japanische Frau säugt ihr Kind wenigstens zwei Jahre. Die Landessitte erlaubt es ihr nicht, ihren Säugling in Weichlichkeit aufwachsen zu lassen. Sie muß ihn gegen die atmosphärischen Einflüsse abhärten indem sie ihn täglich der freien Luft bei vollem Sonnenschein, sogar mit geschorenem Kopfe und vollständig unbekleidet, aussetzt. Um ihn so lange als möglich mit sich zu tragen, ohne sich selbst zu sehr zu ermüden, wird er auf dem Rücken zwischen dem Hemde von Crepe und dem Krage ihres Mantels wie in einem Bündel festgebunden. In dieser Weise sieht man viele Bauernweiber ihre Feldarbeiten verrichten, indem ein kleiner Kopf, der zwischen ihren Schultern hin und her schaukelt, in ihrem Nacken zum Vorschein kömmt.

(Schluß folgt.)

der Regierung und wolle nur verhindern, daß einem Ausgleichsversuche präjudicirt werde.

Herr von Pratobevera ergreift nun das Wort, um die Ausgleichsideen zu bekämpfen. Er gibt einen Abriss von der österreichischen Verfassungsgeschichte und weist nach, daß man in Folge fortwährender Bedenken nie zu einer Consolidirung gerathen könne.

Fürst Sanguszko vertheidigt den Ausgleich. Den Entwurf des Grafen Auersperg nennt er eine Kriegs-Erklärung. Die Annahme der Adresse werde zur Folge haben, daß die Ausgleichsfreunde im Herrenhause wie im Abgeordnetenhaus ihre Plätze räumen werden.

Es folgte nun die Rede Prof. Neumanns für die Majorität. Er sagt unter anderm: Den Deutschen kann man nicht den Vorwurf machen, daß sie zur Centralisation geneigt sind. Das mag eher von den Romanen und Slaven gelten; wir aber, wir wollen keine französische, keine moskowitzische Centralisation. Wir nehmen das freie England zum Muster. Dort ist die ganze gesetzgebende Gewalt im Parlamente concentrirt; die Autonomie herrscht auf dem Gebiete der Gemeinde und der Verwaltung. Für diese Autonomie sind wir zuerst in die Schranken getreten. Es ist kindische Naivität und Unkenntniß, wenn man auf das Vorbild der Schweiz und in Nordamerika hinweist. Gerade in der Schweiz und in Nordamerika ist das fortwährende Streben nach Unifikation zu constatiren. Der erste Präsident der nordamerikanischen Republik Washington und der gegenwärtige Präsident Grant sprachen zur großen Nation, nicht zu den verschiedenen Staaten.

Wir sollen uns mit gebundenen Händen preisgeben. Zur Schwäche des Dualismus will man die Schwäche des Pluralismus gesellen. Ewig will man Experimente machen, ewig Neugestaltungen probiren und so Oesterreich zum Gespötte der Nationen machen. (Beifall.) Die Phrasen, die man gebraucht, sind ein Schlauch, in welchen man köstlichen Wein, aber auch verderbliches Gift gießen kann. Man will die Nationalitäten befriedigen und sucht doch eine Abgrenzung nach Provinzen. So würde in jedem Lande die Nationalität gegen die Nationalität in Waffen stehen. Ueberall würde die Flamme des Aufruhrs auslodern. Der Föderalismus ist der permanente Bürgerkrieg.

Die Föderalisten haben ihre Bundesgenossen im Lager der Reaction. In Berlin wie in Petersburg erfreuen sie sich warmer Sympathien. Sowohl diese Sympathien wie diese Bundesgenossen bewirken es, daß ich mich gegen den Föderalismus mit aller Entschiedenheit erklären muß.

Graf Mitrowski ergreift nun das Wort, um für die Ansichten der Minorität zu sprechen. Er erinnert an den Wahlspruch: „viribus unitis,“ bis heute seien die Kräfte jedoch nicht vereint. — Es folgt nun die

Rede des Hofraths Unger.

Wenn ich die Debatte erblicke, so sehe ich durch die Bemerkungen der Minorität die Majorität in Gefahr gebracht, mißverstanden zu werden. Man ruft auf Seiten der Minorität nach Versöhnung, man sagt, man wolle die Verfassung festhalten und nur versaffungsmäßig vorgehen. Wo ist denn die Differenz zwischen Majorität und Minorität? Es handelt sich bei der Minorität ja angeblich nur um fromme Wünsche, Wünsche welche die Fortdauer der Verfassung nicht stören.

Wir müssen daher sehen, was hinter der Phrase steckt, und nur so entdecken wir, was uns, die Majorität, von der Minorität scheidet. Die Minorität will die Form der Verfassung wahren, das Wesen aber preisgeben. Uns aber ist es um die Wahrung des Wesens, um die Erhaltung der Grundzüge zu thun. Die Minorität will auf dem Wege der Verfassung große Concessionen machen, denn mit kleinen würde sie die Nationalitäten nicht gewinnen, durch große Concessionen aber würde sie die Verfassung in die Luft sprengen. Auf dem Wege der Verfassung will man das Ende der Verfassung herbeiführen. Die Verfassungsrevision soll die Auflösung der Verfassung sein. Mit der Verfassung will man gegen die Verfassung operiren. (Bravo.)

Wir können uns mit den Widerstrebenden nicht versöhnen, weil die Widerstrebenden selbst einander widerstreben. Die einen wollen, man solle einen Bund aus vier Königreichen bilden, wobei das Königreich Oesterreich erst als neue Staatenschöpfung entstehen müßte. Oesterreich soll ein Bundesstaat werden, während der norddeutsche Bund sich mit krampfhafter Energie in einen Einheitsstaat verwandelt. Werden nicht die Mächte im Norden den österreichischen Reichsapfel theilen? Man hat einst gesagt, daß Italien wie eine Artische versippt werden müsse. Wir müssen verhindern, daß der österreichische Reichsapfel nicht zur Reichsartischke werde. (Beifall, Heiterkeit.)

Andere unter den Widerstrebenden wollen, daß Oesterreich vom Kirchenstaate abhängig sei, das heißt, daß der Kaiser der Vasall eines auswärtigen Monarchen werde. Wieder andere verlangen, daß Oesterreich zum Ständewesen zurückkehre. Welche Lösung wollen sie nun acceptiren, den Bundesstaat oder den Kirchenstaat, den Glaubensstaat oder den Ständestaat? (Heiterkeit, Beifall.)

Sie sagen (zur Minorität gewendet): Oeffnen wir die Thüre, damit die Gegner der Verfassung her-

einziehen; wenn wir die Thüre öffnen, so werden die Gegner nicht kommen, die Verfassung aber wird hinausgehen. (Beifall.) Ihr Plan ist die Planlosigkeit: wir aber wollen den sichern Boden der Verfassung nicht verlassen. Sie wagen sich in die sengende Bahn und wissen nicht, wohin der Funke sprüht.

Man behauptet, der Volkswille sei gegen die Verfassung. Aber man habe das Volk noch gar nicht befragt. Erst die Wahlreform wird ein österreichisches Volk schaffen und dem Reichsrath Vertrauen und Stärke geben. Sucht man aber nach Verständigung, schließt Redner, dann ist es das Beste, wir wissen uns zuerst unter einander zu verständigen. Das wäre eine Bürgschaft für die Verständigung mit den Andern. (Lebhafte Beifall.)

Es folgen nun einige Bemerkungen der Fürsten Czartoryski und Sanguszko, die namentlich gegen Professor Neumann gerichtet sind.

Graf Hartig spricht im Sinne der deutschen Partei. Er macht darauf aufmerksam, daß allen Gesetzen die Anerkennung der Minoritäten fehle. Die Leute, die im Zuchthaus sitzen, werden nicht mit den Strafgesetzen einverstanden sein. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Generaldebatte. Es ergreift das Wort der Berichterstatter

Graf Anton Auersperg.

Nachdem Redner das Traurige der gegenwärtigen Zustände geschildert, fragt er, was die Ursache der permanenten Verfassungswirren sei? Die Antwort lautet: Es fehlt in Oesterreich die Achtung vor dem Gesetze. Das sei ein Uebelstand, der noch aus jener Zeit datire, wo eines Regierungsschützlings wegen über Nacht ein Gesetz abgeändert wurde.

Eine Zauberformel zur Befriedigung aller Parteien wird man niemals finden. Außerdem hat die Minorität ihre Forderungen noch nicht einmal präcisirt, und wir sollen auf Grundlage dieser noch unbekanntem Wünsche schon eine Aenderung der Verfassung ins Werk setzen. Der Widerstand der nationalen Minoritäten ist aber nur dadurch so heftig geworden, weil man außer der Verfassung Verständigungsversuche machte. Die Eigenthümlichkeiten der Sitten und Gewohnheiten, von denen Fürst Lobkowitz sprach, können vollständigste Befriedigung im Rahmen der Verfassung finden, mit deren Nichtanerkennung es überhaupt so eine eigenthümliche Sache sei. Er kenne Jemanden, der ganz ernsthaft sage, er erkenne keinen König von Preußen, sondern nur einen Churfürsten von Brandenburg an. Das verhindere aber nicht, daß Preußen im Besitze der Einheit und Macht wache und gedeihe. Ein verehrtes Mitglied des Hauses (Unger) habe ganz richtig gesagt, anderswo sei die Föderation eine Vereinigung des bisher Getrennten, bei uns solle sie Trennung des bisher Vereinigten werden. Die Minorität spreche von einem Entgegenkommen der nationalen Opposition. Das sei aber ein merkwürdiges Entgegenkommen, wo man dem Verbundenen den Rücken lehre. Die Minorität nennt sich verfassungsmäßig, will aber jede Lücke und jeden Spalt in der Verfassung benützen, um eine Mine zu legen und mit deren Explosion die Verfassung in die Luft zu sprengen. Wenn aber der Adresse zugemuthet werde, daß sie Zwangsmassregeln befürworte, so müsse sich der Verfasser der Adresse gegen solche Darstellung entschieden verwahren. Die Adresse wolle nur ein wahrhaft einheitsliches Ministerium, nachdem man in der jüngsten Zeit mit tiefem patriotischen Bedauern die Folgen eines principiellen Zwiepaltes im Schoße der Regierung habe wahrnehmen können.

Die Deutschen in Oesterreich seien seit Schaffung eines Verfassungslebens immer gut österreichisch gewesen und haben die nationale Flagge erst aufgehißt, nachdem die anderen Nationalitäten jene Fahne schon lange im Anstürmen wider die Verfassung hoch schwingend vor sich hergetragen haben. Der Weg der Minorität ist in Nebel gehüllt, am Eingange stehen verlockende Worte und über der Pforte liest man: Ordentlicher Reichsrath ad hoc. Es ist aber der alte außerordentliche Reichsrath, bei dem man nur das Wort außer überhört und die Worte: ad hoc dazu gesetzt hat. Ich bin überzeugt, daß jenen nebligen, gefährlichen Weg, der bereits einmal an den Rand des Abgrunds geführt hat, das österreichische Herrenhaus nicht gehen wird. (Lebhafte Zustimmung von Seite der Majorität.)

Nach Schluß der Auersperg'schen Rede beantragt Czartoryski Schluß der Sitzung, der auch angenommen wird.

Tagesneuigkeiten.

(Berichtigung.) Dem Fruchthändler Franz Dpiz wurde am 24. December v. J. am Raaber Bahnhofe im Wartsaale zweiter Classe seine Handtasche mit Geld im Betrage von circa 16.000 fl. gestohlen. In der „Wiener Abendpost“ wurde gemeldet, daß seine Tasche ihm zurückgestellt worden sei. Die „Wiener Zeitung“ erfährt nun nachträglich aus kompetenter Quelle, daß dieses durchaus nicht der Fall ist.

(Explosion.) Aus Losonczy meldet der „Ungarische Lloyd“: In der Caserne des Depots des 25. Infanterieregiments Baron Mamula ereignete sich dieser Tage

folgender Unfall. Zwei Unterofficiere waren dazu commandirt, von circa 500 Stück fertigen Patronen das Pulver auszuleeren, und hatten ihre Arbeit bereits beendet, als einer von ihnen sich eine Cigarre anzündete; überdies begannen die beiden Späße zu treiben und einander zu stoßen und in Folge dessen fiel dem Andern die Cigarre aus dem Mund und in das Pulver. Bei der hiedurch entstandenen Explosion wurden beiden die Hände und das Gesicht furchtbar verbrannt. Außerdem wurde die Thüre nebst dem Thürstock durch die Gewalt der Explosion aus der Mauer gerissen.

(Ein trauriger Spasmacher.) Mährische Blätter erzählen aus Surein nachstehende Geschichte: Am 9. d. kam hier ein fremder Mann, der mehrere theils mit dem Mühlenbesitzer Nebel in Bystertz befreundete, theils mit demselben in guter Bekanntschaft stehende Familien besuchte und ihnen mittheilte, daß der Mühlenbesitzer am 8. d. gestorben sei und daß die Witwe alle Freunde des Verstorbenen zu dem am 10. d. Früh in Bystertz stattfindenden Leichenbegängnisse einlade. Trotz des Regenwetters fuhren am 10. d. mehrere der Anverwandten und Bekannten des Mühlenbesizers nach Bystertz, um dem angekündigten Leichenbegängnisse beizuwohnen. Ihre Ueberraschung war selbstverständlich groß, als ihnen, die in Trauerkleidern dahin kamen, die Mühlenbesitzerin ganz heiteren Sinnes entgegentrat und ihnen mittheilte, daß ihr Gatte nichts weniger als gestorben, sondern nach Brünn gefahren sei und bald zurückkommen werde. In der That traf der Müller bald darauf ein und ließ den Gästen, die erschienen waren, um ihm die letzte Ehre zu erweisen, ein Mal bereiten, das Alle in der heitersten Stimmung verzehrten. Niemand konnte errathen, was der Unbekannte mit der falschen Botschaft beabsichtigt haben mochte; Nutzen hatte er daraus nicht gezogen.

(Aus Rom.) Das „Frankfurter Journal“ läßt sich aus Rom schreiben: Durch die Ueberschwemmungen wurden die römischen Straßenräuber in den letzten Tagen alle in die Stadt getrieben. In Rom sind Anfälle auf offener Straße ganz häufig, und einem solchen unterlag vor Kurzem ein Bischof des Concils, dem alles abgenommen wurde, was er bei sich trug. Der Dieb wurde gefangen genommen und mit einer in diesem Lande bisher ungekannten Eile zu zwanzig Jahren Strafarbeit verdammt.

(Der europäisch-indische Telegraph), welcher von London über Berlin und den russischen Continent durch den Kaukasus nach Persien geht und sich dort mit dem englisch-ostindischen Telegraphen verbindet, wird binnen wenigen Tagen dem öffentlichen Gebrauche übergeben werden.

(Die Ueberreste Peabody's), in Amerika angelangt, werden im Rathhause von Portland (Maine) zwei Tage lang ausgesetzt. Der britische Gesandte Dr. Thornton und die Gouverneure mehrerer Staaten werden den Trauerfeierlichkeiten beiwohnen.

(Erdbeben.) Aus San Francisco wird von einem bedeutenden Erdbeben berichtet, das am 26. December Abends 6 Uhr einen großen Theil von Californien heimgesucht hat. Die Stöße gingen von Nord nach Süd und wiederholten sich die ganze Nacht hindurch. Die Angst der Bevölkerung war außerordentlich. In der Stadt Virginia (Nevada) stürzten Mauern ein und ein Eisenbahntrahnen wurde in der Nähe dieser Stadt durch die Erderstütterung aus dem Geleise geschleudert.

Locales.

Der Herr Landespräsident Conrad v. Eysesfeld hat nachstehendes Rundschreiben an die k. k. Bezirkshauptleute erlassen:

Die Uebersicht des Geschäftsganges der politischen Verwaltung des Landes im letztverfloffenen Jahre gibt mir Veranlassung, sie mit Folgendem zu besprechen:

Ich habe vor Allem mit Befriedigung die Thätigkeit und das richtige Verständniß wahrgenommen, womit insbesondere einige politische Behörden sich ihrer Aufgabe unterzogen haben, die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Gemeinden nicht bloß anzuerkennen und zu achten, sondern auch zu kräftigen und zu beleben und in ihrem natürlichen Wachsthum zu fördern. Es ist auf diesem Gebiete der Selbstverwaltung noch lange nicht Alles wie es sein soll; denn es soll nicht sein, daß das selbständige Gemeindeleben erst eine Schule der Verwaltung, ein Feld der Versuche für die Gemeindeorgane ist, um die ihnen gewährte freie Bewegung zu erlernen, es soll nicht vorkommen, daß gemeinnützige Dinge im Interesse der Communication, der Sicherheit, des Feldschutzes u. s. w. gar nicht oder nur mangelhaft geschaffen werden, weil die nöthige Einigung, das Zusammenwirken der Betheiligten nicht erzielt wird, oder weil der Arm des Gemeinde-Vorstandes, wenn er zur Executive greifen soll, um persönlicher Rücksichten halber oder aus Angstlichkeit erlahmt.

Die Autonomie der Gemeinden kommt überhaupt dadurch allein noch nicht zur Geltung, daß sie als verfassungsmäßiges Recht gegeben, in dem Verwaltungs-Organismus eingeführt ist und im öffentlichen Leben figurirt; sondern ihr Zweck und ihre Bedeutung liegt darin, daß in der Gemeinde wirklich in genauester Kenntniß und Würdigung der localen und individuellen Bedürfnisse so gut, in so bündiger Form und so wohlfeil als möglich verwaltet werde.

Euer zc. werden daher auch durch jene Wahrnehmungen, wenngleich sie sich Ihnen jetzt noch täglich bieten, doch nicht das Vertrauen in die Lebensfähigkeit des freien Communalwesens verlieren, sondern vielmehr demselben rathend und belehrend zur Seite stehen, jeden Verkehr mit den Gemeinden auch in der in meinem Schreiben vom 14. Juni v. J. Nr. 847 bezeichneten Weise zur aufklärenden und den Organismus der Gemeinde erwärmenden Thätigkeit benützen, und auf solche Art selbst den Zeitpunkt näher rücken, wo es einer derartigen Unterstützung nicht mehr bedarf, wo die volle Autonomie in Gemeinde, Bezirk und Land, sowie es schon anderwärts der Erfolg bewährte, dem Volke eigen und geläufig und die rege Theilnahme daran zur anderen Natur geworden, und wo die Autorität des Regierungsbeamten im Bezirke in Allem, was nicht nach Natur und Gesetz der Regierungsgewalt vorbehalten ist, nur eine überwachende, nur die eines Anwalts der Gesetzlichkeit sein wird.

Es ist mit Zuversicht vorauszusagen, daß ein wesentlicher Fortschritt auf dieser Bahn sich ergeben wird, wenn — hoffentlich in kürzester Zeit — die durch das Landesgesetz vom 2. Jänner v. J. angeordnete Zusammenlegung der jetzigen Ortsgemeinden in Hauptgemeinden von mindestens 3000 Seelen durchgeführt sein wird, und ich werde daher aus diesem Anlasse auf den Gegenstand zurückkommen.

Zu den Angelegenheiten, welche indessen der Herr Bezirkshauptmann unverrückt im Auge behalten wollen, gehört vornehmlich das Straßen- und Communicationswesen.

Ich habe im letztverfloffenen Jahre wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß die Straßencomités und Gemeinden zum großen Theil weit zurückbleiben hinter dem, was ihnen behufs der Herstellung und Erhaltung der Concurrenz- und Gemeindefstraßen als gesetzliche Verpflichtung obliegt.

Es wäre tief zu bedauern, wenn das für die Volkswirtschaft wichtigste Capital der Verbindungswege, die im Lande Krain in bedeutendem Umfange durch die Obforge früherer Zeit mustergiltig hergestellt worden sind, nur aufgebraucht werden und wegen Mangel pflichtmäßiger Nachhilfe verkümmern sollte. Euer zc. wollen daher von dem der politischen Behörde zustehenden Aufsichtrechte und dem damit verbundenen Wirkungsbereich im Sinne des § 25 des Gesetzes vom 15. April 1864 den umfassendsten Gebrauch machen, und ich ersuche Sie, mir jeden einzelnen Fall eines derartigen Einschreitens von Ihrer Seite besonders zur Kenntniß zu bringen, weil es mir daran liegt, dessen Erfolg in Evidenz zu behalten.

Im Dienste der öffentlichen Sicherheit, deren Zustand derzeit immerhin befriedigend genannt werden kann, hat sich die politische Bezirksbehörde, wenn auch die Localpolizei ganz der Gemeinde anheimgegeben ist, doch als Mittelpunkt jeder Activität in ihrem Verwaltungsgebiete anzusehen, zu deren Zwecken auch ihr allein die k. k. Gendarmerie verfügbar ist.

Ich nehme daher jederzeit mit besonderem Vergnügen Act von den Fällen, wo sich deren Mitglieder und Organe in dieser Richtung mit mehr als pflichtmäßigem Eifer nach jeder Seite hin willfährig zeigen, namentlich, wenn es sich um die Sicherheit der Person und des Eigenthums und um Hilfeleistung bei Elementarhädern und anderen Calamitäten handelt.

Dem Volksschulwesen hat die Bezirksbehörde auch im letztverfloffenen Jahre ihre besondere Obforge gewidmet und ihre Aufgabe war diesmal um so schwieriger, weil sie es in Ermanglung eines Schulaufsichtsgesetzes mit der Handhabung eines Provisoriums zu thun hatte, welches — so unvermeidlich es auch war, um eine Lücke in Durchführung der Staatsgrundgesetze auszufüllen — doch die Mängel jeder nur zeitweiligen und interimistischen Verfügung an sich trägt.

Es wurden im Schuljahre 1869 mehrere neue Volksschulen, zum Theil mit ganz neuen Schulgebäuden, errichtet und einige schon bestehende zu mehrklassigen erweitert.

Im Jahre 1870 steht die Vollendung schon begonnener neuer Schulbauten und die Erweiterung von Schulen in noch größerer Anzahl bevor, und Euer zc. werden nicht nur den betreffenden Concurrenz-Verhandlungen Ihre stete ungetheilte Aufmerksamkeit widmen, sondern auch die bewährte, sehr anerkennenswerthe Opferwilligkeit der Gemeinden in jeder geeigneten Weise anzuregen und zu erhalten suchen.

Leider läßt Ordnung und Regelmäßigkeit im Schulbesuche des letzten Jahres viel zu wünschen übrig. Die Zahl der Schulbesuchenden hat sogar noch den vorliegenden Uebersichten gegen das Vorjahr 1868 bedeutend nachgelassen, statt daß die Ziffer sich namhaft erhöht hatte. Die Ursachen dieser Erscheinung sind Euer zc. nicht unbekannt und Sie werden denselben, meiner wiederholten Aufforderung gemäß, durch umfassende und beharrliche Anwendung der die Schulpflicht regelnden Vorschriften zu steuern wissen.

Im laufenden Jahre wird ohnedies voraussichtlich das vom Landtage beschlossene Schulaufsichtsgesetz zur Durchführung kommen. Allein, wie dem auch sei, so kann weder die Bezirks- noch die Ortsschulaufsicht ihre Aufgabe jemals auch nur stellenweise aus dem Auge

verlieren oder zum unwiederbringlichen Nachtheil der lernenden Jugend ganz fallen lassen.

Ich habe aus den Berichten ersehen, daß die weit- aus überwiegende Mehrheit der Seelsorger und Reli- gionslehrer im Lande sich den neuen Einrichtungen der Schule mit voller, rühmlicher Bereitwilligkeit und mit Eifer angeschlossen hat.

Auch die kirchliche Oberbehörde hat ihrer Ueber- zeugung hierin öffentlichen Ausdruck gegeben, indem der letzte fürstbischöfliche Hirtenbrief die ernste Mahnung an alle Religionslehrer der Diocese darüber enthält, in welcher Weise sie sich den allgemeinen Vorschriften auch hinsichtlich der Prüfungen aus der Religionslehre unter- ordnen sollen.

Ich kann daher zuversichtlich erwarten, daß ein da- von abweichendes Verhalten, welches dem Gesetze und den Weisungen der geistlichen Behörde zuwider ist, fernerhin nicht mehr vorkommen und sich der Fall somit nicht ereignen werde, welcher die Regierung in die Lage setzen würde, für die vorschrittsmäßige Behandlung des Reli- gionsunterrichtes außerhalb der normalen Einrichtung eine ausnahmsweise Vorkehrung zu treffen.

Auch in Angelegenheiten der Heeresergänzung war den Bezirkshauptmannschaften im Jahre 1869 eine besonders schwierige Aufgabe gestellt; indem das Stel- lungsgeschäft das Erstmal nach dem Wehrgeetze vom 5. December 1868 und nach der erst kurz vor Beginn der Hauptstellung ergangenen Ausführungs-Instruction vorzunehmen war, während die Vorarbeiten zur Heeres- ergänzung noch auf Grund der älteren Amtsinstruction vollzogen worden waren, und indem überdies gleichzeitig für das durch das Gesetz vom 13. Mai v. J. neu eingefügte Institut der Landwehr recrutirt wurde.

Dessen ungeachtet ist das Stellungsgeschäft ohne Anstand abgewickelt und das anrepartirte Contingent von 1869 in den Stellungenbezirken aller Bezirkshaupt- mannschaften des Landes bis Ende September v. J. zur Abstellung gelangt, und nebstdem sind mittelst Haupt- und Nachstellung bis Ende December 1869 Landwehr- männer affectirt worden.

Für das laufende Jahr kommt den Behörden schon die erworbene Praxis in dem neuen für Linie, Ersatz- reserve und Landwehr vorgezeichneten Vorgange zu statten.

Dagegen erhalten Euer zc. heuer an der Mitwir- kung für die Volkszählung und für Regelung der Grund- steuer einen neuen außerordentlichen Geschäftszuwachs, und ich bin überzeugt, daß es Wohlthensselben gelingen wird, auch dieser Anforderung des Dienstes ohne stabile Vermehrung der Arbeitskräfte nur durch deren umsich- tige Leitung und Vertheilung vollkommen zu genügen.

Bei diesem Anlaß bemerke ich, daß ich die Verfü- gung treffe, damit Euer zc. behufs Ersparung an Zeit und Schreibkräften, insofern Sie nicht selbst eine litho- graphische Presse in Verwendung haben, solche Aus- fertigungen, welche zur Intimation an die Gemeinden oder sonst zu weiterer Kundmachung bestimmt sind, in einer entsprechenden Zahl lithographirter Exemplare er- halten. Sie wollen mir daher ehestens berichten, ob und in welcher Anzahl Ihnen diese Beistellung lithographi- scher Exemplare erwünscht ist?

Wegen des Gebrauches der slovenischen Sprache im Parteienverkehr brauche ich Euer zc. die bestehenden Vorschriften nicht wieder anzuführen. Ich weiß, daß darin auch im letzten Jahre Fortschritte ge- macht worden sind, und ist mir auch kaum eine einzige Beschwerde deshalb vorgekommen und auch diese ausrecht erledigt worden.

Euer zc. theilen gewiß mit mir die Ueberzeugung, es müsse unbedingt und allen Ernstes darnach gestrebt werden, daß mit Parteien, die nur slovenisch verstehen, aller amtliche Verkehr mündlich und schriftlich auch nur in dieser Sprache stattfinde, und Sie werden daher sehr wohl daran thun, allen Ihnen unterstehenden Beamten nachdrücklich zu erinnern, daß sie die laufende Jah-

resfrist dazu benötigen, sich zu diesem Zwecke in der slovenischen Sprache, die ohnedies zum weitaus größten Theil ihre Muttersprache ist, zuverlässig möglichst schrift- gewandt zu machen, indem diese Befähigung bei der Beurtheilung ihrer Qualification im Dienste schlechter- dings entscheidend sein wird.

Schließlich kann ich auch die Thätigkeit der Bezirks- hauptmannschaft in der wichtigen Geschäftspartie der directen Besteuerung nicht unerwähnt lassen. Auch hier hatte es dieselbe mit einem neuen Institute zu thun, nämlich mit dem der Steuer-Referenten, wie solche seit 1868 organisiert worden sind.

Solange das Institut noch völlig neu und im Or- ganismus der Bezirksbehörde ungewohnt war, konnte es auch seine unterstützende Wirksamkeit nicht im vollen Maße geltend machen. Dermalen ist jedoch Euer zc. durch den Steuerreferenten eine umsomehr belangreiche Unter- stützung geboten, als demselben instructionsmäßig auch die Zugerenz im Geschäfte der executiven Eintreibung der Steuern und der Rückstände an indirecten Abgaben und Strafgeldern obliegt.

Ich bin daher auch zu der Erwartung berechtigt, daß die demnächst seitens der k. k. Finanz-Verwaltung klar zu stellenden Gebarungsergebnisse des Jahres 1869 in dem erwähnten Dienstzweige eine besonders erfolg- reiche Thätigkeit der k. k. Bezirkshauptmannschaft nach- weisen werden, und daß die Vereinbarung des finan- zierten mit dem politischen Standpunkte sich für diese Erfolge auch fernerhin um so besser bewähren wird, als der Werthmesser dieser Erfolge wesentlich darin liegt, je mehr es gelingt, das Interesse des Finanzärars mit der gebotenen wirthschaftlichen Rücksicht und Schonung für den Steuerträger in Einklang zu bringen.

Empfangen zc.

Laibach am 14. Jänner 1870.

v. Conrad.

(Theater.) Gestern Rosenthals „Deborah“ mit Frä. Marie Berg als Gast („Deborah“). Die Vor- stellung war weniger besucht als die samstägige, jedenfalls übte nur das Stück, nicht unser Gast weniger Anziehungsk- räfte. Frä. Berg wußte auch als „Deborah“ das Publi- cum zu elektrisiren, der Beifall war enthusiastisch. Die leidenschaftlichen Schmerzensergüsse der zurückgestoßenen Jü- din waren wahrhaft ergreifend. Von den übrigen Dar- stellern haben wir nichts Besonderes zu berichten. Heute wird unser Wunsch, das Fräulein noch als „Donna Diana“ zu bewundern, erfüllt. Wir zweifeln nicht, daß die heutige Abschiedsvorstellung der ausgezeichneten Künst- lerin ein Rendezvous für alle ihre Verehrer bilden wird. Das classische Lustspiel verbürgt den feinsten Genuß.

(Aus dem Vereinsleben.) Die Generalver- sammlung des Vereines zur Unterstützung dürftiger Realschüler fand am 15. d. M. in der Directionskanzlei der k. k. Oberreal- schule statt. Anwesend waren 16 Mitglieder. Vereinssecretär Herr Professor Dpl verlas den Geschäftsbericht, woraus wir mit Vergnügen ersehen, daß im abgelaufenen Schuljahre 1869 eine bedeutende Anzahl armer braver Schüler theils mit Kleidungs- stücken und Schutrequisten, theils mit Gelddarlehnen in Krank- heitsfällen und zur Bestreitung des Schulgeldes betheilt worden sind. Eine besondere Erwähnung verdient die 66l. Sparasse, welche auch im abgelaufenen Schuljahre den namhaften Betrag von 300 fl. zur Unterstützung dürftiger Realschüler gewidmet hat. Der Vereinssecretär schloß seinen Bericht mit der Hoffnung, daß der neue Ausschuß bestrebt sein werde, dahin zu wirken, daß sich die Zahl der Mitglieder im Hinblick auf den edlen Zweck des Vereines in erfreulicher Weise vermehren werde. Vereinscassier Herr Professor Emil Zlatovstj erstattet den Rechenschafts- bericht; die Einnahmen im Schuljahre 1869 betragen 459 fl. 10 kr., die Ausgaben 258 fl.; der dermalige Stand des Ver- mögens beträgt 458 fl. Zu Ausschußmitgliedern für das neue Vereinsjahr wurden die Herren: Director Schrey, die Profes- soren Pirker, Dpl, Zlatovstj, Wastler, Vergrath Trinter und Handelsmann Terpin, und zwar letztere drei in der Generalversammlung gewählt. Schließlich wurde zur Wahl der Functionäre geschritten. Zum Obmann des Vereines wurde Professor Pirker, zum Obmannstellvertreter Vergrath Trin- ter, zum Secretär Professor Dpl und zum Cassier Professor Zlatovstj gewählt.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 17. Jänner. (Unterhausitzung.) Andrassy, eine Interpellation Tisza's über die Militärgrenzfrage beantwortend, schließt: Die Aufregung in der Militärgrenze werde sich legen, wenn die Grenzer einsehen werden, daß ihre materiellen und nationalen Interessen nicht gefährdet sind.

Paris, 17. Jänner. Von der Kammer wurde die Verfolgung Rocheforts mit 226 gegen 34 Stimmen genehmigt.

Wien, 17. Jänner. (Tr. Ztg.) In der heutigen Reichsrathssitzung theilt der Präsident ein kaiserliches Hand schreiben an den Minister Plener mit, wonach der Ministerpräsident Taaffe und die Minister Potocki und Berger ihrer Aemter enthoben werden und Plener mit der definitiven Bildung des neuen Ministeriums beauf- tragt wird. Plener ist interimistisch mit der Führung des Präsidiums des Ministerrathes und Leitung des Landesvertheidigungs-Ministeriums betraut. Exminister Berger legte sein Deputirtenmandat zurück.

Telegraphische Wechselcourse vom 17. Jänner.

5perc. Metalliques 60.— — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.— — 5perc. National-Anlehen 70.— — 1860er Staatsanlehen 98.25. — Bantactien 733. — Credits Actien 254.80. — London 123.25. — Silber 120.65. — R. t. Ducaten 5 80/100.

Das Postdampfschiff „Saronia“ Capitän Meyer, am 18ten December von Hamburg abgegangen, ist am 16. Jänner wohl- behalten in Havanna angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Fürst Salm-Yose. Bei der am 15. Jänner 1870 vor- genommenen 35. Verlosung wurden nachstehende 500 Nummern gezogen, und zwar: Nr. 14469 gewinnt 40.000 fl., Nr. 84600 gewinnt 4000 fl., Nr. 24069 gewinnt 2000 fl., Nr. 3734 und Nr. 63248 gewinnen je 400 fl., Nr. 3152, 75725, 99734 und 99944 gewinnen je 200 fl., Nr. 1852, 3385, 10647, 30913, 31045, 66885, 94151 und 95679 gewinnen je 120 fl., Nr. 993, 18612, 26371, 31212, 50435, 51828, 60115, 63034, 67277, 72732, 78229, 90854 und 96652 gewinnen je 100 fl. Außer- dem wurden noch 470 Nummern mit dem geringsten Gewinnte von je 60 fl. C.-M. gezogen.

Angewandte Fremde.

Am 15 Jänner.

Stadt Wien. Die Herren: Aufs. Beamter, von Reizniz. — Röder, k. k. Bezirkshauptmann, von Krainburg. — Unger, Kaufm., und Schwarz, von Wien. — Margareth Kofem, von Gottschee. Elefant. Die Herren: Masi, Kaufm., von Florenz. — Nischer, Getreideagent, und Grünhut, Reif., von Pest. — Epstein, Kaufm., Kraus und Bernhadi, von Wien. — Rattel, von Oberlaibach. — Brosch, Postamtsverwalter, von Fiume. — Fischer, von Paris. — Moretto, Bauunternehmer, von Görz. Bayerischer Hof. Die Herren: Weizner, k. k. Leut., von Nyregyhaza. — Slabe, Holzhändler.

Theater.

Heute: „Donna Diana.“ Abschiedsvorstellung des Fräulein Marie Berg vom landschaftlichen Theater in Graz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Einheiten
6 U. Mg.	327.27	— 4.0	windstill	Rebel		
17. 2 „ N.	327.29	— 1.9	windstill	Rebel	0.00	
10 „ Ab.	327.61	— 5.8	windstill	Rebel		

Der Rebel in der Niederrung fast den ganzen Tag anhaltend, auf den nächsten Anhöhen (Schloßberg, Golouz) sonnig. Abend- roth. Alpenglüh. Das Tagesmittel der Wärme — 3.9°, um 2.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 15. Jänner. Die Börse war übel gestimmt. Unbeglaubliche Gerüchte, welche diese Stimmung erklären sollten, waren vielleicht weniger die Ursache als die Wirkung des Ausgebotes der Effecten. Creditactien wurden von 262 bis 258.60, Anglo von 318.50 bis 313.50, Franco bis 140.50, Lombarden von 254.50 bis 251.50, Tramway von 146 bis 143.75 abgegeben. Lose von 1860 notirten 97.80—97.90, 1864er 117—116.75, Napoleons'd'or 9 fl. 86 1/2 kr. An der Wittagebörse trat eine mäßige Erholung ein. Papier- rente wurde zu 60.30—60.40, Silberrente 70.40, 1860er Lose wurden zu 98.30, 1864er 116.75 gekauft. Zur Erklärungszeit notirten Creditactien 259.50, Anglo 315, Franco 105.50, Lombarden 252.25 und waren Napoleons'd'or mit 9 fl. 86 kr. offerirt. Devisen zogen, im Ganzen genommen, nur wenig an, obwohl Comptanten höher als gestern notiren. Prioritäten änderten ihre Preise nicht bedeutend, Grundentlastungsobligationen dagegen waren etwas gedrückt. Man notirte bei Abgang des Berichtes:

A. Allgemeine Staatsschuld.	
Für 100 fl.	
	Geld Waare
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt. in Noten verzinsl. Mai-November	60.35 60.45
„ „ Februar-August	66.35 60.45
„ Silber „ Jänner-Juli	70.40 70.50
„ „ April-October	70.50 70.60
Staatsanlehen rückzahlbar (1/2)	98.75 99.—
„ „ (1/2)	97.50 98.—
Lose v. J. 1839	220.50 221.50
„ „ 1854 (4%) zu 250 fl.	89.— 90.—
„ „ 1860 zu 500 fl.	98.25 98.50
„ „ 1860 zu 100 fl.	105.— 105.50
„ „ 1864 zu 100 fl.	117.25 117.50
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8 W. in Silber	122.50 123.—

C. Actien von Bankinstituten.	
	Geld Waare
Anglo-östr. Bank abgest.	315.— 315.50
Anglo-ungar. Bank	98.50 99.—
Boden-Creditanstalt	— — —
Creditanstalt f. Handel u. Gew.	259.— 259.20
Creditanstalt, allgem. ungar.	79.50 80.—
Compt.-Gesellschaft, n. ö.	900.— 905.—
Franco-östr. Bank	105.— 105.50
Generalbank	41.— 42.—
Nationalbank	739.— 740.—
Niederländische Bank	87.— 88.—
Vereinsbank	87.— 88.—
Verkehrsbank	115.50 116.—
Wiener Bank	66.50 67.—

D. Actien von Transportunternehmungen.	
	Geld Waare
Afföld-Flumaner Bahn	170.75 171.25
Böhm. Westbahn	218.— 219.—
Carl-Ludwig-Bahn	236.75 237.25
Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	575.— 580.—
Elisabeth-Westbahn	184.— 185.—
Ferdinands-Nordbahn	2165.— 2170.—
Königsberg-Borscher-Bahn	180.— 181.—
Franz-Josephs-Bahn	185.— 186.—
Leiberg-Özern.-Zaffyer-Bahn	208.— 208.50

E. Pfandbriefe (für 100 fl.)	
	Geld Waare
Alig. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5 pCt. in Silber	107.25 107.75
dto. in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in 8 W.	89.— 89.25
Nationalb. auf 8 W. verlosb. zu 5 pCt.	93.20 93.40
Def. Hypb. zu 5 1/2 pCt. rückz. 1878	97.50 98.50
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.	91.— 91.30

F. Prioritätsobligationen.	
	Geld Waare
Eliz.-Westb. in S. verz. (I. Emiss.)	91.50 92.—
Ferdinands-Nordb. in Silb. verz.	106.25 106.75
Franz-Josephs-Bahn	93.— 93.40
Carl-Ludw. B. i. S. verz. I. Em.	100.50 101.50

G. Privatlose (per Stück.)	
	Geld Waare
Creditanstalt f. Handel u. Gew. zu 100 fl. 8 W.	157.50 158.—
Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	15.50 16.—

H. Wechsel (3 Mon.)	
	Geld Waare
Augsburg für 100 fl. südd. W.	102.90 103.10
Frankfurt a.M. 100 fl. detto	102.90 103.15
Hamburg, für 100 Mark Banco	91.15 91.25
London, für 100 Pfund Sterling	123.25 123.45
Paris, für 100 Francs	49.05 49.10

I. Cours der Geldsorten	
	Geld Waare
R. Münz-Ducater	5 fl. 81 kr. 5 fl. 82 kr.
Napoleons'd'or	9 „ 85 „ 9 „ 86 „
Bereinsthaler	1 „ 82 „ 1 „ 82 1/2 „
Silber	120 „ 75 „ 121 „ — „

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Pri- vatnotirung: 86 — Geld, 94 Waare	
---	--